

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, März 2013

63. Jahrgang, Nr. 725

FÜNF IST TRÜMPF

*Am Ersten Mai zur großen
VOS-Veranstaltung nach Hamburg*

Einladung zum Gedenktag an Michael Gartenschläger, der in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976 bei dem Versuch, eine weitere Selbstschussanlage aus den DDR-Grenzanlagen abzubauen, von den Grenzposten aus dem Hinterhalt erschossen wurde.

In diesem Jahr treffen wir uns, die Bezirksgruppen Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg, im Beisein des VOS-Vorsitzenden Hugo Diederich

**Am Mittwoch, den
01. Mai 2013 um 11.00 Uhr
am Bahnhof**

B ü c h e n

**Von dort aus fahren wir
gemeinsam zur ehemaligen**

Zonengrenze

**um am
Gedenkkreuz
einen Kranz für**

**Michael Gartenschläger
niederzulegen.**

Hierzu begrüßen wir mit großer Freude unsere Kameradinnen und Kameraden aus der Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe und der Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz.

Wie immer freuen wir uns auch über die Teilnahme interessierter Kameradinnen und Kameraden sowie aller Gäste und den mit uns verbundenen Freunden aus dem Kreis „Michael Gartenschläger“. (Anmeldung wird erbeten).



Im Anschluss an die Gedenkfeier kehren wir in eine Gaststätte ein, sodass für das leibliche Wohl gesorgt sein wird. Natürlich dient das Zusammensein auch dem Austausch.

Von Hamburg aus kommend, besteht die Möglichkeit mit dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) ab Hamburg Hauptbahnhof mit der Linie R 20 in Richtung Rostock nach Büchen zu fahren. Der Preis für eine Einzelkarte beträgt ca. 6,50 €, Abfahrt ist um 10.25 Uhr, Ankunft in Büchen 10.56 Uhr.

Für die Planung ist die Rückmeldung bis zum Mittwoch, 25. April erforderlich. Bitte melden unter:

**Tel: 04139/695795 Fax: 04139/696739
Email: uwe-rutkowski@t-online.de**

Informationen über Gartenschläger auf Seite 8

Noch während die vorige Ausgabe der Fg im Druck war, gab es einige Falschmeldungen über die VOS und deren Bundesvorstand. Ausgelöst wurden sie durch Mails, die offenbar wahllos an verschiedene Mitglieder des Verbandes übersandt wurden und deren Absender/Verfasser vorerst nicht identifiziert wurde. In den Mails wurden Links zu einigen Online-Portalen von Zeitungen aufgeführt, in denen sich Textbeiträge befanden, die über die VOS, deren Vorstand und unangebracht über unseren Sitz im ZDF-Fernsehrat berichteten. Der Bundesvorstand hat schnell reagiert und für das Verschwinden der Meldungen gesorgt. Inwieweit per Strafanzeige gegen den oder die Urheber der Falschmeldungen und die Betreiber des Internetportals ergeht, bleibt unter Vorbehalt.

Ich möchte hierzu noch mal klarstellen, dass der Sitz, den die VOS im Fernsehrat inne hat, seit mehreren Jahren durch den Bundesvorsitzenden Hugo Diederich wahrgenommen wird. Kamerad Diederich wird in dem Gremium mit Respekt behandelt. Er füllt seine Delegation mit guten Aktivitäten aus, in denen er auch die Interessen der VOS vertritt und deren Ansehen stärkt. Durch seine Arbeit im Fernsehrat wurde auch der Einfluss unseres Verbandes wieder erhöht. Es wäre also wenig sinnvoll und es gibt auch keinen Grund, ihn hier abzulösen.

Ich habe auch schon mehrfach darauf hingewiesen, dass wir als VOS im Fernsehrat nicht im Rahmen eines gesellschaftlichen Verteilungsprinzips vertreten sind, sondern dass sich die VOS als Mitbegründer des Senders Zweites Deutsches Fernsehens beachtliche Verdienste erworben hat. Unser einstiges Vorstandsmitglied Hans-Joachim Platz war am Aufbau und der Konzipierung des ZDF entscheidend beteiligt. Er hat damit eine Tradition begründet, der wir weiterhin folgen werden.

Dies zum einen. Es sind aber auch Mails zu anderen Themen im Umlauf. Das Anliegen, unsere Opferrente aufzubessern, beschäftigt fast jede und jeden und somit gibt es auch viele Äußerungen hierzu.

Die Freiheitsglocke wird natürlich auch weiterhin Meinungen und Vorschläge veröffentlichen. Wenn dabei die Ansicht des einen Kameraden an der eines anderen vorbeigeht, ist das allerdings nicht Sache des Redakteurs. Und irgendwo sollten wir aus der Vergangenheit gelernt haben, dass im Bundestag sicherlich kein Abgeordneter darauf warten dürfte, dass er von uns ein Schreiben oder einen Besuch erhält, durch den wir ihr oder ihm unsere Forderungen

Auf ein Wort des Redakteurs

und Wünsche, noch dazu wenn sie drastisch ausfallen, präsentieren. Wir haben ja bereits erfahren, wie lange und hartnäckig wir uns für das bis jetzt Erreichte einsetzen mussten.

Ich persönlich vertrete den Standpunkt vieler Kameradinnen und Kameraden, dass wir uns im ersten Halbjahr des laufenden Jahres um Gespräche bemühen sollten, da die Bundestagswahlen immer näher rücken. Ich würde es auch für sinnvoll halten, in den Regierungen der Bundesländer Gespräche zu führen. Auch ich bin der Meinung, dass wir nicht so bald einen günstigeren Zeitpunkt erleben werden.

Unsere Kameraden Jürss und Jahnke, die nun wahrlich nicht mehr die Jüngsten sind, haben es uns vorgemacht, wie man dem zuständigen Abgeordneten des Wahlkreises einen Besuch abstatten kann (Fg 724, S. 7) und wie man ein Gespräch führt. Dabei hat sich herausgestellt, dass dem betreffenden Politiker noch wesentliche Informationen zu den Schicksalen der SED-Opfer fehlen und er die authentischen Berichte dankbar und mit sichtlichem Interesse zur Kenntnis genommen hat. Mit einem solchen Informationsstand ist es auch für die jeweiligen Politiker leichter, sich für unsere Sache einzusetzen.

Die Vorstellungen über eine Neugestaltung der Opferrente reichen übrigens vom Inflationsausgleich über eine einschneidende

Erhöhung der monatlichen Zahlung bis hin zur Staffelung nach Haftzeiten. Es sind zumeist Gruppen, von denen sie favorisiert werden. Manch einer hat dabei noch nicht ganz realisiert, dass Entscheidungen über Verbesserungen (leider) nicht in der VOS fallen und dass wir durchaus an einem Strang ziehen sollten. Entschieden wird nun mal innerhalb der Parteiliegungen bzw. im Bundestag. Daher halte ich es für unpassend, wenn nun in unseren Reihen darüber gestritten wird, wer sich mit seiner Forderung an die Spitze setzen könnte und von wem der beste Vorschlag kommt. Wir sind ein Verband, und wir haben jede und

jeder ein schweres Schicksal durchlitten. Es gab dabei Unterschiede und Abstufungen, aber keine und keiner kann heute ohne schmerzhaftes Erinnerungen an die Haftzeit zurückblicken.

Ich möchte zum Thema Gemeinschaft noch eine weitere Anmerkung machen. Ein Verband bzw. eine Gemeinschaft charakterisiert sich durch Solidarität, gegenseitiges Verständnis und Rücksichtnahme. Das war in der VOS schon immer so. Zugleich war es auch immer (!) so, dass ein verschwindend geringer Anteil von Mitgliedern Zankereien anzettelt. Im heutigen Zeitalter der Medienbreite lässt sich das dann besonders günstig handhaben. Daher gewinnen die Empfänger von Wut-Schriften oft den Eindruck, unser Verbandsschiff befände sich in Seenot. Dem ist nicht so, das teile ich hier ganz ausdrücklich mit. Sicherlich kann es zu Konfrontationen kommen. Doch deswegen ist niemand berechtigt, die VOS als Verband in Frage zu stellen, und es ist ebenso wenig angebracht, unsachlich miteinander umzugehen. Dies ist kein Verband und auch keine Partei, in der – wie in den Diktaturen des vorigen Jahrhunderts – Köpfe rollen oder einfach nach Gutdünken der Rücktritt des Bundesvorstandes oder einzelner Mitglieder gefordert werden kann. Wir sind und bleiben ein demokratischer Verband.

*Bis zur nächsten Ausgabe,
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe – Themen, Hinweise, Daten:

Titelseite		Der Tschekismus und seine Ableger	9
VOS lädt ein zum (friedlichen) Gedenken mit möglichst vielen Teilnehmern		Die Qualen in der „Roten Hölle“	
Alljährliche Wanderung zur Stelle, an der Michael Gartenschläger den Tod fand (mehr auf Seite 8)		Heinz Unruhs Hafterinnerungen	10-11
Redaktionsthema:		HLZ fördert Fahrten zur Gedenkstätte	
Falschmeldungen, unsinnige Rücktrittsforderungen und die aktuelle Situation in der VOS	2	Hessens Ministerpräsident würdigt ausdrücklich Zeitzeugentätigkeit und Einsatz von Jutta Fleck	12
Opferrente vor den Wahlen verhandeln		Fluchtversuch endete in Einbahnstraße	
- Der Zug könnte sonst abgefahren sein		Ansonsten hätte alles klappen können	13
- Entweder alle oder keiner	4	Das Vergessen könnte bald einsetzen	
Das lässt zu wünschen übrig		DDR-Heimkinder als billige Arbeitskräfte	13
Meinung der Psychiatrie-Opfer nicht gefragt?	4	Mit etwas gutem Willen alte Hürden überwinden?	
Krimi der seltenen Art – leider keine Angaben		- VOS sollte wieder in die UOKG gehen?	
Wer kann helfen?	4	- VOS hat auch ohne Mitgliedschaften ein gutes Verhältnis zur UOKG	14
Der Stand der Dinge		Den richtigen Zeitpunkt gewählt	
VOS-Bundesvorstand tagte kurz vor Redaktionsschluss	5	Eine Anmerkung zum Papst-Rücktritt	14
Stalin ist tot und lebt noch immer		Was ist das Lob dieses Mannes wert?	
Der Diktator starb vor 60 Jahren	6	Putin würdigt Gedenkstättenarbeit	15
Komplizierter geht's wohl nicht?		Nicht mehr so grün wie einst, aber beliebt	
Ein Behördenbrief zur Opferrente	7	30 Jahre Grüne. Und Bündnis '90?	16
Ein kurzes, aber bedeutungsvolles Leben, das uns noch heute beeindruckt		Leserbriefe	4, 13
Michael Gartenschläger – sein Leben, sein Vermächtnis	8	VOS-Infos, Korrekturen, Lieder,	4
Sechs Jahrzehnte erzählerisch dokumentiert		Zitate, Merksätze, Nachgefragtes	4, 7
		Buchvorstellung	9
		Verstorbene	15
		Impressum	16

Spender für die VOS

Horst Ahrens, Erich Beier, Günter Jacobi, Helga und Heinz Streblov, Gertrud und Wolfgang Stiehl, Hartmut Behle, Herbert Jacob, Dr. Ingrid und Klaus Muder, Ursula Krauß, Liesel Albina Mayer, Horst Radigk, Dr. Bernd Röhlig, Günter Hoffmann, Helmut Schlönvoigt, Inge und Günter Uhlig, Fritz Schöne, Karl-Günter Kübler, Manfred Barth, Hanni Sabath, Barbara Große, Christian G. Ebert, Margarethe und Albin Lichy, Annelie Fratz, Gerd Uwe Lewin, Rolf Unger, Ulrich Arnstowski, Johannes Simon, Friedrich Radochla, Waltraud und Johannes Rink, Klaus Schönberg, Gunnar Rieger, Jakob Bittermann, Siegfried Päßler, Erika und Johann Leeb, Hans-Joachim Erler, Erwin Kujadt, Günter Rößger,

Allen Spenderinnen und Spendern innerhalb und außerhalb der VOS ein herzliches Dankeschön. Selten kommt eine Spende auch den Spenderinnen und Spendern so direkt selbst zugute wie in der VOS.

Neue Mitgliedschaft in der VOS

Unser Verband freut sich über die Neuaufnahme von Kameradin Ida Bethge, geboren in Russland und interniert in Ignit/Irkutsk. Kameradin Bethge war in politischem Gewahrsam von 1955 bis Februar 1979. Sie wohnt jetzt in Niedersachsen. Für die VOS erhoffen wir durch die Mitgliedschaft neue Impulse.

Dank an alle Gratulanten!

Liebe Kameraden, habt recht herzlichen Dank für eure Glückwünsche zu meinem 90. Geburtstag. Auch wenn sich die Reihen lichten (Kamerad Kögel), bin ich doch noch gesund und hoffe, noch ein paar Jährchen auf dieser Erde zu wandeln und die Freiburger VOS-Bezirksgruppe zu leiten.

Bleibt in Berlin alle aktiv und bewahrt eure Schaffenskraft. Dies wünscht mit kameradschaftlichen Grüßen

Euer Eberhard Zeibig

Ein herzlicher Glückwunsch

Kamerad Heinz-G. Lorenz hat im März seinen 93. Geburtstag vollendet. Zu diesem Glückstag gehen unsere Wünsche und unser Dank – etwas verspätet – zu ihm nach Ludwigsburg.

Der Jubilar gehört zu den Unverzichtbaren und Vorbildern für uns alle. Er arbeitet sowohl auf der regionalen Verbandsebene wie auch für die Fg und auf Bundes-VOS mit. Weiter so.

Bundesvorstand und Redakteur

Glück im Unglück – vom Redakteur

Liebe Kameradinnen und Kameraden, durch eine plötzliche Erkrankung bin ich bei der Fertigstellung dieser Ausgabe sehr unter Zeitdruck geraten. Ich hatte insofern Glück, als die OP-Listen so lang waren, auf dass ich noch einige Tage nach Hause geschickt wurde, in der ich die Fg fertigstellen konnte. *A. R.*

Jedes Opfer ist ein Opfer zu viel

Soll man über die Opferrente überhaupt diskutieren?

☒ Es ist doch ein Witz, über die Opferrente zu diskutieren. Entweder werden alle Opfer gleich behandelt oder nicht. Ich komme langsam zu der Überzeugung, man will es nicht. Daher rate ich auch zur Vorsicht, mit den Vergleichen, was schlimmer ist oder was nicht. Denn da kommen wir leicht an die Stelle, wo wir uns lächerlich machen. Was ist schlimmer, an Pest oder an Cholera zu sterben?

Für mich ist jedes Opfer, ein Opfer zu viel, und bei Massenmorden, die die Diktaturen mit ihren Tätern begangen haben, schließen sich solche Menschen für mich in einer Demokratie aus der Sphäre des politischen Handelns aus.

Klaus Dörfert

Wenigstens ein Inflationsausgleich müsste erreichbar sein

Oder sind wir wirklich so „arm dran“?

☒ In der letzten Ausgabe der „Freiheitsglocke“ war erkennbar, dass es mit den Forderungen für die „Opfer“ nicht gerade vielversprechend aussieht.

Meine Meinung ist: Jetzt oder nie! Wenn unsere Forderungen vor der Bundestagswahl nicht mehr verhandelbar sind, wird der Zug wohl für uns abgefahren sein.

Bezogen auf den Forderungskatalog müsste doch wenigstens ein Inflationsausgleich auf die Opferrente erreichbar sein. Wenn das nicht mal erreicht werden kann, sind wir wirklich „arm dran“.

Karl-Heinz Genath

Die VoPos war'n dabei

Musikalischer Rückblick

Ich fuhr mit meiner Freundin
Auf der Straße nach Berlin.
An jeder Kreuzung lauerten sie,
die VoPos in Grün

„Zeijen Se ma de Dokumente her
Und ooch det Visum fürn
Transitvakehr“

*Aus: Auf der Straße nach Berlin
Von Rainer „Schotti“ Schottländer*

Das ist die Normalität in Deutschland!

Anmerkung zu einem Leserbrief in einer Rostocker Tageszeitung!

☒ Erst wird zur Diskussion über die Psychiatrie der DDR eingeladen, und zwar für DDR-Ärzte, Betroffene und ehemalige Pflegekräfte, meldet sich dann aber wirklich ein ehemaliger Inhaftierter zu Wort, wird seine Meinung nicht wahrgenommen.

Das ist die Normalität, seit Jahren in Deutschland!

Es ist gut, dass wenigstens die anderen Drangsalierten politischen Häftlinge der DDR durch „Freiheitsglocke“ und „Stacheldraht“ wissen, dass es auch diese Form der politischen Ausschaltung gab.

Lothar Tiedtke von Koß



Nachtrag zu Fg 723 über Werner Sauerzweig

Ein aufmerksamer Leser der Fg weist darauf hin, dass im Porträt über Werner Sauerzweig in Fg 723 fälschlich geschrieben wurde, dass Kamerad Sauerzweig war 1946 - 31 Jahre. Dies stimmt nicht, er war damals 21 Jahre, wie man allerdings dem Beitrag ansonsten mühelos entnehmen kann.

Anzumerken wäre, dass die Fg-Ausgabe keine 19 Seiten enthält, wie dies der aufmerksame Kamerad in seiner Korrektur mitteilt.

Der Redakteur dankt für diesen Hinweis.

Ins Tagebuch der kritischen Gedanken gebrannt

Die innere Kapelle macht unseren Leidensweg langfristig unglücklich; denn irgendeine Form der Sichtweise wird zum geistigen Armdrücken mit den jetzigen Maskenbildner und den unaufhörlich feixenden Feindbildern. Andreas Kaiser

Erstaunlicher Krimi auf ZDF Neo

Wer hat den Link zur Sendung gefunden?

Hilfe gesucht

Am 20.02.2013 habe ich um 21:45 im ZDF-NEO eine bemerkenswerte Sendung, gesehen. Leider ist es mir nicht gelungen, einen entsprechenden Link in der Mediathek von ZDF Neo zu finden. Ich finde den Inhalt dieses Krimis so brisant, dass ich befürchte, unsere sonst so demokratische Pressefreiheit wird derart unterdrückt, dass dieser Film nie mehr zu sehen sein wird.

Wenn es einer Kameradin oder einem Kameraden gelingt, diesen Link zu finden, wäre ich sehr dankbar. *Klaus D. Roessler*

Zu diesem Krimi:

Den Inhaltsangaben des Internetauftritts des Senders kann man folgenden Text entnehmen:

† Am Tag des „offenen Denkmals“ fallen Schüsse in der ehemaligen Hinrichtungsstätte der DDR. Anna Daum, eine Lehrerin aus Leipzig, ist tot. Mord oder Selbstmord? Schnell ist den SOKO-Ermittlern klar, dass es einen Zusammenhang geben muss zwischen der Tat und den Todesurteilen, die dort mitten in Leipzig noch bis 1981 heimlich vollstreckt wurden.



Als die Schüsse fielen, befanden sich zwei Männer in den Museumsräumen. Erwin Mauser und Michael Seidenspinner behaupten beide, überstürzt geflüchtet zu sein, als Anna Daum die Pistole zog. Doch Hajo und seine Kollegen bleiben misstrauisch. Es ist vor allem Ina, die versucht, die letzten Tage im Leben von Anna Daum zu rekonstruieren. Die Spur führt sie in die Birthler-Behörde und ins Krematorium des Leipziger Südfriedhofs. Dabei stößt sie auf eines der dunkelsten und wenig bekannten Kapitel der DDR-Geschichte.

Anm. d. Red.: Die genannte Folge ist in der Mediathek des ZDF tatsächlich nicht zu finden. ☹

Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Hintergründe/Forderungen

Der Bundesvorstand tagte am 15.03.2013 in Berlin. Welche Forderungen an die Parteien zu stellen sind, war ein Schwerpunkt der Sitzung.

Wir haben ganze Listen von Forderungen in den Köpfen und können immer noch nicht verstehen, weshalb in einer gelebten Demokratie, die Täter nach wie vor besser gestellt sind als die Opfer. Opfer, das ist immer so ein Begriff für uns, sind wir nicht die Sieger? 2007 wurde das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz um einen § 17a erweitert.

Die Politiker prägten auch sofort den Begriff „Opferpension“. Tatsächlich steht im Absatz 1 „Berechtigte nach § 17 Abs. 1, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind, erhalten auf Antrag eine monatliche besondere Zuwendung für Haftopfer, ...“.

Dies beinhaltet auch die Herangehensweise nach dem Sozialrecht und nicht nach dem Rentenrecht.

Hatten wir im Jahr 2007 nicht das Glück, eine große Koalition von SPD und CDU/CSU zu haben, die in der Opposition immer eine Ehrenrente/Opferpension forderten? Sobald an der Regierung hatten sie dies jedoch vergessen.

Die jetzt mitregierende FDP forderte am 28.02.2007 einen Betrag von 500,00 €. Sie schrieb damals „Sie soll den Opfern politischer Verfolgung ungeschmälert verbleiben und ihnen unabhängig von wirtschaftlicher Bedürftigkeit zustehen.“ (Drucksache 16/4409 Deutscher Bundestag).

Nun haben wir seit September 2007 unsere „Sozialopferrente“. Wir sehen zu, wie ein SPD-Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern sagt, die DDR war kein Unrechtsstaat und müssen zudem der verstärkten Ostalgie ehemaliger Täter ohnmächtig zusehen. Ist der Kommunismus nicht so schlimm? Belegt das Schwarzbuch des Kommunismus nicht weit über 100 Millionen Tote? Allein in einer Reportage des ZDF über die großen Diktatoren wurde unter Maos Herrschaft die Zahl von 67 Millionen Opfern genannt.

In Kambodscha wurden innerhalb von 4 Jahren 25 % der Bevölkerung im Namen des Kommunismus ermordet!

Ich denke es ist an der Zeit, den § 130 des deutschen Strafgesetzbuches zu erweitern.

Wer, wenn nicht wir, müssen immer darauf aufmerksam machen.

Warum bekamen wir genau 250 € zugesprochen?

Weil es 1992 eine Vereinbarung zwischen dem damaligen Finanzminister Theo Weigel und der Jewish Claims Conference für Holocaust-Überlebende (Mittel- und

- 1. Erhöhung der „Ehrenrente“**
- 2. Beweislastumkehr bei haftbedingten Verfolgungsschäden**
- 3. Einrichtung eines Zwangsarbeiterfonds**

Osteuropafonds) gab. Die Kriterien waren u. a.

- Zahlung von 500,00 DM

- abhängig vom Einkommen etc.

Besser durfte eine Entschädigung für uns nicht sein.

Nun gab es im vergangenen Jahr erneut Verhandlungen und man einigte sich, den Betrag für Holocaust-Überlebende ab dem 01.11.2012 auf 300 € zu erhöhen.

Wohlgemerkt, es bedurfte keines Gesetzesverfahrens.

Können wir uns nicht nach dem Gleichheitsgrundsatz darauf berufen?

Unsere Forderungen

Drei Hauptforderungen haben sich herauskristallisiert. Eine lange Liste, so zeigt die Erfahrung, würde die Erfolgchance verringern.

Erhöhung der „Ehrenrente“

Wenn die neue Regierung steht, sind 6 Jahre vergangen, was ca. 11 % Inflation bedeutet. Das sind genau 27,50 € weniger Kaufkraft. War das das Anliegen der Politik für die, die wie kleine Mosaiksteine den Zerfall der Diktatur herbeiführten? Sollte es nicht endlich eine „Ehrenrente“ geben, die den Namen

nicht nur trägt, sondern auch verdient? Für die Opferrente wurden im ersten vollen Jahr ca. 120 Mio. € aufgewandt und was bekamen die Täter, es waren über 4 Milliarden.

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Politiker wacht auf und lehrt den Bürgern den Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Diktatur. Dies geht am besten mit uns als Zeitzeugen.

Beweislastumkehr

Immer noch dauert es Jahre, bis die Opfer zu ihrem Recht bei den Versorgungsämtern kommen oder eben auch nicht. Es steht dann der Satz im Gutachten "Es gibt keinen kausalen Zusammenhang". Wann kann endlich eine einheitliche Regelung erfolgen, wann können endlich auf unserem Gebiet spezialisierte Gutachter arbeiten? Ist es nicht erheblich preiswerter für den Staat, statt jahrelange Rechtsverfahren durchzuführen, uns auch mal Glauben zu schenken. Wir waren in der Hölle.

Zwangsarbeiterfonds

Nichts gegen Arbeit, manch einer wird sogar sagen, es ginge die Zeit schneller vorbei. Hatten wir eine Möglichkeit „Nein“ zu sagen? Häftlingsarbeit war eine volkswirtschaftlich geplante Größenordnung in der „DDR“. Dies in Bereichen, wo man keine Arbeitskräfte mehr bekam, in denen Arbeitsschutz keine Rolle spielte und wir die Toten nicht mehr benennen können.

Die Bundesrepublik hat uns alle rehabilitiert und nun ist es an der Zeit, für diese Zwangsarbeit Entschädigung zu zahlen. Wir fordern die Bundesrepublik auf, die deutsche Wirtschaft moralisch zu verpflichten, in einen zu bildenden Zwangsarbeiterfonds einzuzahlen.

Liebe Kameradinnen und Kameraden, besucht Eure Bundestagsabgeordneten/Kandidaten vor Ort und nutzt diese Argumente bei der Durchsetzung unserer gemeinsamen Ansprüche.

H. Diederich/Bundesvorstand

Der Schatten des Tyrannen reicht bis in unsere Zukunft und weiter

Diktator Stalin starb vor nunmehr 60 Jahren. Die Verehrung für ihn nimmt zu

Sein selbst gewählter Name war Josef Wissarionowitsch Stalin, geboren wurde er 1878 als Iosseb Bessarionis dse Dschughaschwili in Georgien, und er war von 1922 bis zu seinem Tode der führende Staatsmann der Sowjetunion. In diesem März ist es 60 Jahre her, dass er starb. Drei weitere Jahre dauerte es, bis die Welt von seinen unüberschaubar vielen Verbrechen erfuhr und er seinen hervorragenden Platz neben dem Revolutionsführer Lenin im Mausoleum an der Moskauer Kreml-Mauer einbüßte.

Das Leid, das dieser Mann ange richtet hat und dessen Umfang und Inhalt sich schwerlich ermessen lassen, wurde damit freilich nicht getilgt. Die Zahl der Menschenleben, die unter Stalins Herrschaft geopfert wurden, wird in nicht geringeren Dimensionen als Millionen gemessen. Der Diktator hat sie töten lassen oder in den Tod getrieben. Freunde und Feinde, Bekannte und Unbekannte. Gewissenlos, gleichgültig, hinterhältig. Machtbesessenheit und Egomane waren seine Motive, das kranke Hirn und die gestörte Psyche seine Motoren.

Dass Stalin so groß werden konnte, wie er es letztlich wurde, hat er keinem anderen als seinem nicht minder monströsen Gegenspieler Adolf Hitler zu verdanken. Hitler, mit dem er zunächst paktiert hatte und dem er wohl naiv vertraute, war für ihn eine Art Wunschpartner, an dessen Seite er sich gleich Mussolini, gern am Weltkrieg beteiligt hätte. Nun, wir kennen den Verlauf der Geschichte. Der unerbittliche russische Winter und die bessere Militärtaktik eines General Shukow wurden dem deutschen Diktator ebenso zum Verhängnis wie der eigene Größenwahn.

Das Zitat: „Lenin war der Ur-Brunnenvergifter.“

Alma Mahler-Werfel

Anlässlich des 60. Todestages des sowjetischen Diktators wurde wieder viel gesendet und geschrieben. Keine Frage, auch wenn man die Bilder und Kommentare kennt, wenn einem der Verlauf der Front

und die Marschrichtungen der Divisionen zum wiederholten Male vorgeführt wurden, ist man doch auf eine erschütterte Art immer noch gefesselt. Diese Unmengen menschlichen Kanonenfutters auf beiden Seiten der Front, die zu Tode gefrorenen Soldaten, der Schnee, die Panzer und natürlich auch die Frage, warum hat General Paulus mit der Sechsten Armee nicht kapituliert, um den Soldaten und Offizieren, für die er die Verantwortung trug, das bereits begonnene Martyrium zu ersparen.

Stalin und Stalingrad. Die

STALIN

Schlacht und der später selbst gekürte Generalissimus, das sind die Begriffe, aus denen die Legenden gewoben wurden. Vom tapferen, klugen, gutmütigen Genossen Diktator. Väterchen hat er sich nennen lassen, dabei war er doch schon lange vor dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion zum Mörder geworden. Kolonnen an Sowjetbürgerinnen und Sowjetbürgern sind seinen Befehlen zum Opfer gefallen. Kommunisten, Staatsfeinde, Immigranten. Während bei Hitlers Massenmorden noch ein System zu erkennen ist, scheinen Stalins Todeskommandos wahllos zuzugreifen. Ziel scheint lediglich die Quote zu sein. So wie es nach Ende des Krieges in Deutschland zum Alltag wurde, ließ Stalin schon lange zuvor im eigenen Land seine Truppen verhaften, verbannen und töten. Die älteren Kameradinnen und Kameraden in der VOS, die diese furchtbare Tyrannei überlebt haben, sind bis heute die Zeitzeugen, an denen niemand vorbei kommt, wird auch immer wieder versucht, sie zu Nazis oder Kriegsverbrechern abzustempeln.

Wir wissen längst, dass Stalin kein minderer Schurke als Hitler war. Nicht nur seine Tötungsmaschine, sein Umgang mit Unterstellten und einfachen Soldaten entlarven ihn als solchen. Der Pakt

über die Aufteilung Osteuropas, den er mit Hitler geschlossen hatte, ist im Sinne des Völkerrechts ein Verbrechen. Annexion der baltischen Staaten und Polens mit dem Ziel, diese Staaten auszulöschen. Stalin hat nach dem Ende des Krieges schamlos auf die Abmachungen des verbrecherischen Bündnisses gepocht. Er hat sich das Baltikum genommen und einen Teil Polens. Deutschland wurde um ein Viertel seines Territoriums geschrumpft, geteilt zudem, und wären nicht endlich die USA und England aus dem kollektiven Dornröschen-Schlaf der

Alliierten erwacht, wäre ganz Europa zur sowjetkommunistischen Kolonie geworden.

Kann es sein, dass man einen solch charakterlosen Menschen post-

hum als grandiosen Staatsmann feiert, von dessen Sorte sich man nun wieder einen wünscht? Die kürzlich in Russland gestarteten Umfragen bejahen diese Frage. Fast die Hälfte der Russinnen und Russen wünschen sich wieder einen starken Mann. Offenbar reicht es diesen Leuten nicht, dass sie mit Putin bereits einen haben, der nun auch nicht das ist, was man einen engagierten Kämpfer für die Menschenrechte nennen kann. Putin sorgt immer wieder für Entscheidungen, die einen das Blut in den Adern gefrieren lassen. Kaum ein Politiker auf diesem Erdball hat im Amt so schamlos in die eigene Tasche gewirtschaftet, um zum Milliardär zu werden. Sein Antlitz steht für ein Russland, von dem niemand weiß, woran man ist und wohin es geht.

Liegt es daran, dass Russland seinen Status als Großmacht verloren hat? Wir erinnern uns an die Jahrzehnte, in denen Mengen an soliden Konsumgütern den Weg in das Land Lenins nahmen und wir dafür lediglich Rohstoffe kriegten, aus denen die DDR wiederum Konsumgüter für die Nachkommen Stalins produzieren durfte. Das gibt es – glücklicherweise, für uns – nicht mehr. Russland hat als Industriestaat an Bedeutung eingebüßt. Das bleibt unumkehrbar, selbst wenn ein Schlimmerer als Putin käme.

Hugo Diederich

Nicht alle Regelungen sind auf die SED-Opfer übertragbar

Die Antworten und Argumente sind nicht neu. Wir sollten es weiter versuchen.

Kamerad **Herbert Schneider** ist einer derjenigen Kameraden, die sich durch persönlichen individuellen Einsatz um die Verbesserung der Besonderen Zuwendung und um die Anerkennung der Zwangsarbeit, die man als politischer Häftling im Strafvollzug der DDR leisten musste, bemühen. Dabei hatte er mit seiner Anfrage weitere finanzielle Verbesserungen für die direkt betroffenen Opfer, aber auch Verbesserungen im Falle ihres vorzeitigen Todes für die Hinterbliebenen im Auge.

Lesen Sie nachstehend den Antwortbrief, den er auf seine Anfrage vom Ministerium der Justiz erhalten und zur Veröffentlichung für die Fg zur Verfügung gestellt hat.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat Ihr Schreiben zuständigkeitshalber an mich weitergeleitet.

Sie fordern hinsichtlich der Besonderen Zuwendung für Haftopfer gem. § 17 a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz die Rücknahme der Bedürftigkeitsklausel, eine Gleichstellung der Höhe der Bezüge mit den VVN-Renten, Anerkennung der Haftzwangsarbeit in der SED-Diktatur und Absicherung der Ehefrauen, da diese seinerzeit auch von den Einschränkungen, die die Haft der Ehemänner mit sich gebracht hat, betroffen waren.

Hinsichtlich Ihrer Forderung nach Rücknahme der Bedürftigkeitsklausel möchte ich Ihnen folgendes mitteilen: Bei der Ausgestaltung des § 17 a, der die Besondere Zuwendung für Haftopfer regelt, hat der Gesetzgeber der Vorschrift in der Tat einen Doppelcharakter zugeschrieben. Dabei musste er berücksichtigen, dass das soziale Entschädigungsrecht der Bundesrepublik Deutschland stets an Einzelfallunrecht und die Beeinträchtigung bestimmter Rechtsgüter wie Leben, Gesundheit oder Vermögen anknüpft, ihm pauschale Leistungen also grundsätzlich fremd sind. Mit der Besonderen Zuwendung wurde noch eine monatliche Pauschalleistung für die Opfergruppe der politischen Häftlinge geschaffen, die mit der Kapitalentschädigung und anderen Leistungen nach den Rehabilitierungsgesetzen bereits für die er-

littene Haft Entschädigung erhalten. Dabei wurde Systemgerechtigkeit insofern gewahrt, als nur wirtschaftlich bedürftig Betroffene Anspruch auf die Besondere Zuwendung haben sollen. Ich darf jedoch darauf hinweisen, dass Betroffene, die eine Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrente oder vergleichbare Leistungen beziehen, privilegiert werden. Derartige Einkünfte bleiben bei der Feststellung, ob ein Antragsteller in seiner wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt ist, außer Betracht. Dies dürfte einen ganz erheblichen Teil der Haftopfer der SED-Diktatur betreffen, die damit von der Bedürftigkeitsklausel nicht betroffen sind.

Behördenpost

Opferrente

Soweit Sie die NS-Opfern aus dem Beitrittsgebiet gewährte Rente ansprechen und eine Gleichstellung dieser mit der Besonderen Zuwendung fordern, darf ich darauf hinweisen, dass an einer grundsätzlichen Vergleichbarkeit beider Leistungen mangelt. Unterschiedliche historische Sachverhalte und daraus resultierende differenzierte rechtliche Verantwortlichkeiten lassen eine Gleichsetzung nicht zu. Die spezifischen historischen und rechtlichen Gründe, die den Entschädigungsregelungen für die Opfer des Nationalsozialismus zugrunde liegen, lassen sich nicht auf Regelungen für SED-Opfer übertragen. Die im Beitrittsgebiet gewährten Leistungen an dortige NS-Opfer wurden aus Vertrauensschutzgründen weitergezahlt. Das Entschädigungsrentengesetz enthält wie die meisten Entschädigungsgesetze eine sogenannte Ausschlussklausel, wonach diese Renten aberkannt oder gekürzt werden können, wenn der Berechtigte gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht hat.

Bei dem Thema Zwangsarbeit von DDR-Häftlingen handelt es sich um einen bisher wenig erforschten Komplex, sodass es jetzt in erster Linie darum gehen muss, gesicherte Fakten zu diesem Thema zu erhalten. Deshalb bedarf es zunächst zwingend einer umfassenden Sachverhaltsaufklärung zum Beispiel darüber, welche Unternehmen in welchem Umfang von der Arbeit von politischen Häftlingen in der DDR profitierten. Ob und in welcher Form Entschädigungsmöglichkeiten gesehen werden, hängt entscheidend von den wissenschaftlichen Ergebnissen der Tatsachenforschung ab.

Soweit Sie die Versorgung der Hinterbliebenen von politischen Häftlingen ansprechen, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Regelungen lenken.

Die durch die Freiheitsentziehung unmittelbar und nicht unerheblich mitbetroffenen Angehörigen können unter dem in § 16 StRehaG genannten Voraussetzungen bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Unterstützungsleistungen beantragen. Unter bestimmten Voraussetzungen können Hinterbliebene auch versorgungsrechtliche Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten. Die strafrechtliche Rehabilitierung begründet Ansprüche auf Kapitalentschädigung nach § 17 StrRehaG. In erster Linie hat der Gesetzgeber die Kapitalentschädigung als höchst persönliche Leistung zur Wiedergutmachung der erlittenen Freiheitsentziehung für den unmittelbar Betroffenen konzipiert. Kapitalentschädigung erhalten demnach grundsätzlich nur der ehemalige politische Häftling selbst – unter bestimmten Voraussetzungen – aber auch seine Erben.

Andrea Franke, BM d. Justiz

Nachgefragt

In dem vorstehenden Behördenbrief wird mehrfach die Bezeichnung „Freiheitsentzug“ verwandt. Kann man die politische Haft in der DDR einfach so mit diesem eher verharmlosenden Begriff, der eher an die vergleichsweise milden Bedingungen in der Haft des hiesigen Systems erinnert, abtun? A. R.

Ein Leben kurz, bitter und giftig

Die Stationen, der Kampf, das Ende

Der 1944 in Strausberg bei Berlin geborene Michael Gartenschläger war ein Anhänger der Rock'n'Roll-Musik und gründete mit seinen Freunden 1960 den *Ted*



Harold-Fanclub in seiner Heimatstadt. Bereits einige Monate nach seiner Gründung gerieten dieser Fan-Club und seine Mitglieder ins Visier des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Nach dem Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961 protestierten

die Fan-Club-Mitglieder dagegen mit Parolen und symbolischen Aktionen. Dafür wurde Michael Gartenschläger im September 1961 als Siebzehnjähriger zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Zehn Jahre später gelang es der Bundesregierung, Gartenschläger im Rahmen des Freikauf-Programms für politische Häftlinge aus der Haft freizukaufen.

Gartenschläger gelangte somit als 27-Jähriger in die Bundesrepublik Deutschland. Er war – bedingt durch seine persönlichen Erlebnisse, insbesondere die jahrelange Haft - inzwischen zum erbitterten Gegner des SED-Staates geworden und engagierte sich vor allem gegen das unmenschliche DDR-Grenzregime, an dem immer wieder flüchtige Bürger, darunter viele Jugendliche, zu Tode kamen, und machte die bundesdeutsche Gesellschaft und die gesamte Welt auf die Todesautomaten „Splittermine 70 (SM 70)“ aufmerksam. Es gelang ihm, eine dieser Selbstschussanlagen abzubauen und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Bei einem Versuch, die Aktion zu wiederholen, erschoss ihn am 30. April 1976 ein Spezialkommando des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR mit 129 Schuss Dauerfeuer aus Maschinenpistolen an der Stelle, an der nun jährlich die Gedenkfeier der VOS stattfindet.

„Das Risiko schien mir lohnenswert“

Am 27. April 1976 (drei Tage vor seinem Tod) schrieb Michael Gartenschläger für eine Veranstaltung im Mauermuseum am Checkpoint Charlie ein Statement zu seiner riskanten Aktion, die er als Vermächtnis hinterließ. Mit der bald darauf folgenden Ermordung verbindet sich eine kaum vorstellbare Tragik.



Mein Vermächtnis

„Während meiner Haft hatte ich Gelegenheit, das DDR-Regime näher kennen zu lernen, jedenfalls wenn es zutrifft, dass man ein Regime erst richtig kennt, wenn man in einem seiner Gefängnisse gesessen hat. Leider wird diese Auffassung nicht überall geteilt, und die unbestrittenen Besserungen der Honecker-Ära werden überschätzt ... Es festigte sich in mir die Überzeugung, dass sinnvoller Widerstand gegen dieses Unrechtssystem nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht ist ... Ich glaube, der Unrechtscharakter der DDR kommt besonders in den Selbstschussanlagen und in der Tatsache ihres weiteren Ausbaus – trotz Ablösung Ulbrichts – zum Ausdruck.

Da ein solcher Automat, der bereits mehrere Todesopfer forderte, nicht in der Bundesrepublik existierte, entschloss ich mich, ein komplettes Aggregat zu Demonstrationzwecken zu holen ... Ich untersuchte die Selbstschussaggregate mit Feldstechern und kam zu dem Schluss, dass die Stromabschaltung durch Zerschneiden der Stromzufuhr durchführbar sein muss. Dies allerdings unter einem Vorbehalt: dass beim Besteigen des Metallgitterzauns und der Demontage keine starken Erschütterungen entstehen, die den Auslöser-Draht bewegen. Ferner mussten den Grenzposten meine Arbeiten unbemerkt bleiben, also auch möglichst sich geräuschlos vollziehen. Das Risiko schien mir lohnenswert ...“ *Michael Gartenschläger*

Texte und Fotos (Seite 1 und 8):

Uwe Rutkowski/VOS-Bez.-Gr- Hamburg/Fg



Die schaurig wahre Haft-Zeitreise durch fünf Jahrzehnte der Diktatur

Vom detailliert geschilderten Grauen, das der Tschekismus verbreitete

Es ist ein „etwas anderes Buch“, das ich diesmal in der Fg vorstellen möchte. Anders nicht vom Thema her, denn das Thema der Geschichtsaufarbeitung der kommunistischen Diktatur ist und bleibt zentraler Schwerpunkt unseres Monatsblattes, sondern dieses Buch ist *anders* in seiner Chronologie und Ausführlichkeit wie auch im Stil und sogar im Aussehen. Dieses Buch hat einen z. T. rabenschwarzen Einband und ist mit weißer Schrift versehen. Schwarz, das passt zum Titel, in dem das Wort Hölle vorkommt, und zu den Qualen, die sich einem mit dem Gedanken an die Hölle verbinden. Wer den Rest des Titels liest, „in tschekistischer Haft“, der weiß als Kenner der Thematik, dass sich in der Androhung der „Höllqualen“ wahrlich keine Übertreibung verbergen kann. Genug nämlich wissen die Mitglieder unseres Verbandes, was derartige Qualen bedeuten. Zum einen aus persönlichem Erleben, zum anderen aus den hier bereits vorgestellten Büchern und Fg-Beiträgen der Kameraden.

Der Autor ist Kamerad Bernd Müller-Kaller, Landesvorsitzender der VOS von Sachsen, unserem mitgliederstärksten Bundesland, der hiermit nicht sein erstes Buch veröffentlicht und nicht nur einmal einen Textbeitrag für die Fg geliefert hat.



Kamerad Müller-Kaller hat mit seinem neuen Buch zunächst eine

Fleißarbeit vollbracht, indem er sich mit zahlreichen ehemaligen Häftlingen aus der kommunistischen Herrschaftszeit zusammengesetzt und ihre Schicksale angehört und notiert hat. In seinem Buch hat er diese verdichtet, auch sortiert und möglichst in die jeweiligen Zeitetappen, die bereits 1929 auf der „Teufelsinsel“ im Weißen Meer beginnen, und auch nach Lagerkomplexen zugeordnet hat. Dazu hat er die Bedingungen vergli-

Seiten-Blick ----- Bücher in der Fg

chen bzw. aufgereiht und kapitelweise niedergeschrieben.

Für uns als Betrachter aus den Reihen der VOS tauchen somit immer wieder Namen auf, die wir kennen, die auch in der Fg ihren Platz haben. Werner Sauerzweig gehört ebenso dazu wie Rudolf Hinrichs oder der kürzlich verstorbene Kamerad Professor Udo Ehling, und natürlich der unermülich an der Aufarbeitung beteiligte Benno Prieß.

Der Autor hat es bei seinen Schilderungen nicht mit der ansonsten gebräuchlichen Dokumentierung und chronologisch dargebrachten Abfolge der Ereignisse und der Personenvorstellung belassen. Er bringt den Leserinnen und Lesern die Fakten nahe, indem er selbige durch eindringliche Fragen einbezieht und eine persönlich inszenierte Ansprache an sie richtet, Vergleiche herstellt und Aussagen wichtet. Etwa wenn es um Foltermethoden geht: Können Sie sich vorstellen, stundenlang auf einem Flaschenhals sitzen zu müssen?

Oder er berichtet emotional über die vielen Todesurteile, ihre Vollstreckung, das herzerbarmende Aufschreien der Delinquenten. Über den Hunger, die Einzelhaft, die Dunkelheit, die vielgestaltig angewandte psychische Grausamkeit. Wir als ehemalige Häftlinge sind darüber informiert. Aber andere sind es leider nicht.

Später dann die Fluchtbeschreibungen. DDR-Grenze, Ostsee, gescheiterte Versuche. Und dann das, was danach kam, was auch viele in unseren Reihen mitmachen mussten. Haft, Verlust des Eigentums, Zerrüttung der Familien.

Nebenbei erfahren wir interessante Details über Leute, von denen wir bisher nichts wussten. Etwa dass der Bruder des einzigen DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck ebenfalls in Haft war, da er sich über das verbrecherische Verhalten der Sowjets gegenüber der Bevölkerung beschwerte (siehe vorige Fg-Ausgabe).

Aber es werden auch Namen genannt. Nicht nur die der Opfer und der Haftanstalten, sondern auch jene der Täter: Richter, Wachleute, Rechtsanwälte. Und das aus sechs Jahrzehnten, von 1929 bis zum Mauerfall 1989.

Das Buch ist ein sehr gelungenes Werk. Es enthält Fakten, beschreibt Zusammenhänge und spricht viele Menschen an. Einfach weil es einen mindestens wie eine Abenteuerzählung in Atem hält. Abenteuer, die in diesem Fall wahr sind, grausam wahr, unmenschlich. *A. R.*

**Bernd Müller-Kaller:
Höllqualen in tschekistischer
Haft 978-84-9015-943-9 / 19,90 €**



Bernd Müller-Kaller (Foto, © AR) studierte Philosophie an der TU Dresden. 1983 wurde er während seiner Promotion vom MfS verhaftet und war bis 1989 aus politischen Gründen in Bautzen II inhaftiert.

Mit menschlichen Verhältnissen hatte das rein gar nichts mehr zu tun

Heinz Unruhs Weg durch die Rote Hölle handelt von Erniedrigung, Ekel und totaler Aufgabe. 8. Teil

Nachfolgend setzen wir den in die Reihe „Haftschicksale“ aufgenommenen Bericht unseres Kameraden Heinz Unruh über dessen Erlebnisse in der „Roten Hölle“ fort. Die Erlebnisse stoßen weiter auf Interesse, ihre Wiedergabe ist auch insofern wichtig, als der russische Präsident Putin im März die Aufarbeitung der Schicksale sowjetischer Soldaten lobte, was natürlich ein wichtiger Schritt ist, dabei aber die von den Sowjets selbst begangenen Verbrechen auszublenden scheint.

Wir als VOS würden uns wünschen, dass sich Herr Putin einmal darüber informiert, welche Schicksale unschuldige Deutsche erlitten haben. Daher wäre es angebracht, dass er die einzelnen Folgen der Schilderungen Heinz Unruhs liest. Da er mehrere Jahre als KGB-Oberstleutnant in der DDR eingesetzt war, dürften seine Deutsch-Kenntnisse doch sicher ausreichend sein, um das Niedergeschriebene zu verstehen. Andernfalls wäre es sicher auch nicht allzu problematisch, den Bericht ins Russische zu übersetzen.

Für diejenigen, die der spannenden Schilderung komplett folgen möchten, empfiehlt es sich, die jeweiligen Beiträge abzuheften und aufzubewahren. Der Abdruck des weiteren Manuskripts wird in den nächsten Fg-Ausgaben fortgesetzt.

8. Teil:

Fortsetzung aus 724

Nun, die Dolmetscherin übersetzte trotzdem mit schneller Stimme und immer in den Pausen, in denen Uschakow Luft holte. Zuletzt, als der Hauptmann wieder schwieg, schloss sie: „Der Herr Hauptmann wird dir ab sofort das Essen sperren, und zwar so lange, bis du vernünftig wirst und deine Verbrechen gestehst. Sollte das nicht wirken, lassen wir dich in deiner schmutzigen Zelle lebend verfaulen. Du hast jetzt Zeit, über deine Lügen nachzudenken. Wenn du ein bisschen Verstand hast, wirst du das großzügige Angebot nutzen.“

Als der Posten mich nachher abholte, bekam er ganz offensichtlich

Instruktionen, mich besonders heftig zu drangsalieren. Er hetzte mich prügelnd durch die langen Flure, stieß mich in meine stinkende Zelle und schrie mir böse Worte hinterher. Mein Kopf blutete von den Schlägen, die er mir mit dem überlangen Schlüssel versetzt hatte.

Meine Kameraden sahen mich entsetzt an, ich musste ihnen von der Vernehmung berichten und bekam viele gute Ratschläge, um die Vernehmungen künftig besser zu überstehen.

Häftlings = Schicksal

Der Balte, der die Methoden der Sowjets besser als jeder andere kannte, prophezeite: „Du hast keine Chance, im Endeffekt wirst du als gebrochener Mensch zurückkommen und alles, aber auch wirklich alles zugeben und unterschreiben; selbst den Mord an der eigenen Mutter. Soweit werden sie dich bringen.“

Die Ratschläge rauschten an mir vorbei. Ich lag nachdenklich auf der Holzpritsche, stöhnte vor Kopfschmerzen und atmete den furchtbaren Gestank des Kloakenbottichs und der anderen dicht an dicht liegenden Häftlinge. Mein Glaube an eine gewisse Gerechtigkeit war noch nicht erloschen. Ich war nicht bereit aufzugeben, und ich hoffte immer noch auf die Vernunft der Peiniger.

wissen müssen, dass es in der Roten Hölle keine Vernunft gab, auch keine Moral und keine Gerechtigkeit, geschweige denn einen Anflug von Menschlichkeit.

Auch unsere neuen Zellenkameraden hatten nun schon die erste wüste Feuertaufe hinter sich und genau wie ich die Fäuste der humanen Sowjetmenschen zu spüren bekommen. Kamerad Spiekermann hatte sich schnell zum Klopfspezialisten entwickelt, er brachte uns die neusten Nachrichten, unaufhörlich pochte er an den Heizungsrohren, immer wieder tauchte der Name eines Majors im Morsespiel auf, er hieß Silverkopf, er war nach Aussagen der klopfenden Mitgefangenen der Chef aller Vernehmer und ein übler Sadist.

Für mich jedoch begann eine furchtbare Zeit. Der für mich zuständige Hauptmann Uschakow hatte mein Essen tatsächlich gesperrt, nur die schwarze Brühe, die sie Kaffee nannten, wurde mir gewährt.

Die Zellenkameradschaft ließ mich jedoch nicht in Stich. Trotz der Hungerration bekam ich von jedem Kameraden ein Stück Brot.

Nach dem Frühstück erheiterte uns Kamerad Basian, indem er uns von Gerichten aus ferner Zeit berichtete, so dass uns wahrlich das Wasser im Mund zusammen lief.

Als uns dann gerade wieder ein wundervoller Braten durch Basian „aufgetischt“ wurde, wurde ein neuer Gefangener in die Zelle geschoben. Ich sehe noch seine entsetzten Augen, als er uns an die Wände gelehnt stehen sah. Sein Name war Berger, er stammte aus Neu Bertschen im ehemaligen

AUF DEM HOF IST AM BUSSTAG 1995 ZUM GEDENKEN AN ALLE
OPFER POLITISCHER GEWALT AUF INITIATIVE DER FÖRDERGE-
MEINSCHAFT „LINDENSTRASSE 54“ DIE SKULPTUR „DAS OPFER“
VON WIELAND FÖRSTER AUFGESTELLT WORDEN.
DIE STADTVERORDNETEN HABEN 1995 DAS HAUS ZUR POTSDAMER
MAHN- UND GEDENKSTÄTTE ERHOSEN.
DIE BETREUUNG DER GEDENKSTÄTTE IST
DEM POTSDAM-MUSEUM ÜBERTRAGEN.

Natürlich hätte ich es als jemand, der bereits das „Paradies der Werktätigen“ erlebt hatte, besser

Landkreis Schwiebus und war während des Krieges Hauptfeldwebel bei der Luftwaffe gewesen. ☞ 11

Es hatte ihn in die US-Kriegsgefangenschaft verschlagen, von wo er inzwischen nach Hause gekommen war. Er hatte nicht nur seine Heimat, sondern auch seine Familie verloren. Seine Frau und seine Kinder waren beim Einmarsch der Roten Armee erschlagen worden.

Da er nicht mehr dort hin konnte, landete er in Frankfurt/Oder.

Kriegsgefangene aus dem Westteil Deutschlands mussten sich auf der Kommandantur melden. Der Andrang war sehr groß und die Abfertigung sehr schleppend, so blieben jeden Abend viele ehemalige Soldaten ungeprüft zurück. Da die Aktion am nächsten Tag weitergehen sollte, suchten viele ein Nachtquartier. Die Kommandantur stellte einige Räume zur Verfügung. Viele lehnten das Angebot aus Misstrauen ab. Kamerad Berger ging auf Anraten eines Offiziers in das Nebengebäude, wo sich im Keller Räume mit Schlafpritschen befanden. Dem dortigen Posten erklärte Berger, dass er am nächsten Tag zur Kommandantur müsse. Der Posten sagte „tak-tak-tak“ und machte die Tür zu.

Am nächsten Morgen wollte Berger die Kellerräume verlassen, um sich auf der Kommandantur zu melden. Seine Kellerzelle war abgeschlossen, Berger machte sich daher laut bemerkbar. Doch im Keller tat jetzt ein anderer Posten Dienst, und der wusste von der Vereinbarung nichts. Berger versuchte nun dem Posten mit Händen und Füßen klarzumachen, dass er nur zum Schlafen in die Zelle gezogen war, und zwar freiwillig. Der Posten nahm ihm das nicht ab und hielt ihn hier unten fest. Als Berger, der sich eindeutig im Recht wähnte, versuchte sich aus dieser unfreiwilligen Gefangenschaft zu befreien und fortzulaufen, artete diese unglaubliche Geschichte in eine Schlägerei aus, bei er keine Chance hatte, denn der Posten rief um Hilfe, so dass nach kurzer Zeit weitere Soldaten kamen, Berger nach Strich und Faden zusammenschlugen und ihn knebelten, da der um sein Recht fürchtende Deutsche weiter tobte.

Man ließ Berger danach tagelang liegen, seine immer wieder vorgebrachten Beschwerden wurden verlacht, oder er bezog erneut Prügel. Bei der ersten Vernehmung fand man dann den Entlassungsschein

aus der englischen Kriegsgefangenschaft bei ihm, und das reichte aus, um ihn als englischen Spion beschuldigen. Nun sollte er endlich in Potsdam seinen Spionageauftrag gestehen.

Man hätte über all die hier aufgezählten Schicksale einfach lächeln können, so harmlos und fast lächerlich gestalteten sie sich als Vorhalte oder Anschuldigungen. Ich sage: Man hätte, denn dies war kein Kabarett und keine Komödie, sondern es war der Alltag in der roten Hölle. Und die Akteure und Darsteller in den Zellen waren arme Teufel.

Man nehme nur mal den Balten, der sich nachts weiterhin wie ein Dieb zum rostigen Kübel schlich und dort den Kot heraus fraß, als wäre es ein Nahrungsmittel.

Wir anderen konnten uns selbst davor nicht mehr ekeln, wir hatten die unterste Stufe des Sozialgefüges erreicht, wir waren schlimmer als Sklaven, nämlich ohne Stolz und ohne Hoffnung. Selbst die Todesstrafe, die uns erwartete, empfanden wir inzwischen als Erlösung.

Müde und zerschlagen vom ewigen Laufen und Stehen in der stinkenden Zelle erwarteten wir das Klingelzeichen zur Nachtruhe. Vom Gang draußen klangen dumpf die Schreie der Grünmützen, die wie jede Nacht ihre Opfer durch die Gänge jagten, um sie bei ihren Peinigern, den Vernehmern, abzuliefern. Kamerad Spiekermann klopfte, sich schlafend stellend, seine Signale an das kalte Heizungsrohr, Berger schnarchte und schrie im Schlaf unverständliche Worte. Der an der Wand lehrende rostige Kübel stank bestialisch, aber es störte niemanden mehr.

Ich dämmerte dahin und lauschte auf die Schritte der Posten, die mich irgendwann wieder holen würden. Da, da waren sie schon, die Schritte, sie hielten vor unserer Zelle an. Blitzschnell stieß der Posten die schwere Tür auf, schaute wie ein gereiztes Raubtier in die Runde. Sein böser Blick traf mich: „Komm, dawai, dawai!“

Ich sprang erschrocken von der Holzpritsche, hastete aus der Zelle und wurde von dem Posten durch die Gänge getrieben. Erst als eine der Ampeln Rot zeigte, befahl mir der Posten stehenzubleiben. Er stieß mich mit dem Gesicht zur Wand,

und ich hörte, dass hinter mir andere Gefangene im Laufschrift vorbeizogen.

Diesmal befand ich mich nicht auf dem üblichen Weg zu Hauptmann Uschakow, es war ein mir unbekannter Flur, der mit Läufern ausgelegt war. Ich hatte Angst, und ich japste nach Luft. Doch unbarmherzig stieß mir der Posten seinen Schlüssel in meinen Nacken, die Jagd ging weiter. Plötzlich ein „Stoi!“, wir standen vor einer dunklen Zimmertür, der Posten klopfte artig an, ein laut gebrülltes Wort ließ ihn und mich eintreten. Die Grünmütze salutierte und übergab seinen Laufzettel. Danach drückte er mich auf den Schemel, der auch hier neben der Tür stand.

Meine körperliche Schwäche war offensichtlich, ich weiß nicht mehr, wie viele Tage ich ohne wirkliches Essen vegetiert hatte, die Müdigkeit und der Hunger hatten mich insgesamt apathisch gemacht. Ich nahm meine Umgebung gar nicht mehr richtig wahr. Das Gebrüll des neuen Vernehmers kam daher zunächst wie aus weiter Ferne. Ich hatte Mühe, die Augen aufzureißen.

Vor mir stand nun ein Major, beide Hände in die Hüften gestemmt, das Gesicht wutverzerrt. Er war ein schlanker, drahtiger Kerl in einer makellosen Uniform. Aber er schrie unentwegt, so dass ich meine Schwäche endlich überwand und in sein glatt rasiertes, wohlgenährtes Gesicht schaute, über dem sich blonde, kurzgeschnittene Haare befanden. Er mochte 30-40 Jahre sein.

Mit kurzen energischen Schritten ging er nun vor mir auf und ab, dabei streiften mich seine hassvollen blauen Augen ohne Unterlass. Von dem, was er dabei sagte oder schrie, verstand ich nichts. Doch ich wusste, es konnte nichts Gutes sein.

Heinz Unruh

Der Beitrag wurde durch den Fg-Redakteur textlich überarbeitet.

Stand Original Manuskript : S. 26

Anm.: Aus Datenschutzgründen wurden einige Namen geändert.

Das Foto (© A.R.) zeigt den Ausschnitt einer weiteren Gedenktafel in der Potsdamer Haftanstalt in der Lindenstraße mit Informationen zum Entstehen der Gedenkstätte m Innenhof des Gebäudes.

Wird fortgesetzt.

Zeitzeugenarbeit an Schulen ist ein Grundpfeiler des Projekts

Hessische Landeszentrale für politische Bildung unterstützt die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Ein wesentliches Thema in der Fg ist die Berichterstattung und Kommentierung zur Aufarbeitung der SED-Geschichte im Rahmen der Zeitzeugenarbeit mit den Opfern der SED-Diktatur.

In den Reihen der VOS sind viele ehemalige politische Häftlinge an Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen vor allem mit jüngeren Menschen interessiert. Obwohl wir mit den Zeitzeugenbörsen zusammen arbeiten, die teils dezentral wirken und den aktiven Kameradinnen und Kameraden für ihren Einsatz ein bescheidenes Honorar absichern, gibt es auch immer noch VOS-Mitglieder, die in Eigeninitiative an Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen tätig sind.

Dass dies mittlerweile nicht mehr so sein muss, wird uns nun auch aus dem Bundesland Hessen bestätigt. Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) hat im September 2009 einen Schwerpunkt zur politisch-historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur ins Leben gerufen. Dieser wird von Jutta Fleck, der „Frau vom Checkpoint Charlie“, geleitet. Am 20. September 2012 haben der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier und Jutta Fleck eine Bilanz der dreijährigen Arbeit gezogen, die weiter fortgesetzt wird. Wir dokumentieren im Folgenden die Presseerklärung der hessischen Landesregierung, aus der hervorgeht, welcher großer Stellenwert in Hessen der Weitergabe der authentischen Informationen an nachfolgende Generationen beigemessen wird.

Redakteur und Bundesvorstand bedanken sich hiermit für die wichtigen Hinweise und die Anerkennung der geleisteten und weiterhin zu leistenden Arbeit.

Dies erfolgt auch im Namen der Mitglieder, die aus unterschiedlichen Gründen nicht (mehr) am Zeitzeugenprojekt teilnehmen können und gilt auch für Herrn Ministerpräsidenten Bouffier.

„Für junge Menschen dürfen ‚DDR‘ und ‚SED‘ keine abstrakten Begriffe sein“

Ministerpräsident Volker Bouffier würdigt das dreijährige Bestehen des HLZ-Projekts und die Zeitzeugenarbeit, die vor allem die Projektleiterin Jutta Fleck geleistet wird

Wiesbaden, 20. September 2012.

Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier hat heute gemeinsam mit der Leiterin des Schwerpunktprojekts „Politisch-Historische Aufarbeitung der SED-Diktatur“, Jutta Fleck, eine Zwischenbilanz gezogen. Vor drei Jahren wurde das Projekt bei der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) eingerichtet. „Wir haben mit diesem bundesweit einzigartigen Schwerpunktprojekt über 10.000 Menschen – überwiegend Jugendliche – in den vergangenen drei Jahren erreicht“, erklärte der Ministerpräsident. „Die historische Auseinandersetzung mit dem SED-Unrechtsregime ist ein wichtiger Bestandteil der politischen Bildungsarbeit in unserem Land. Für Kinder und Jugendliche, die nach dem Mauerfall geboren wurden, dürfen ‚DDR‘ und ‚SED‘ keine abstrakten Abkürzungen sein.

Durch Gespräche und Erzählungen der direkten Opfer der SED-Diktatur können gerade junge Menschen diesen Teil unserer Geschichte nachempfinden und besser verstehen“, sagte Bouffier.

Der Ministerpräsident dankte der Leiterin des Schwerpunktprojekts „Politisch-Historische Aufarbeitung der SED-Diktatur“, Jutta Fleck, für ihren Einsatz: „Frau Fleck gibt dem Projekt ein Gesicht. Sie ist aufgrund ihrer persönlichen Historie eine authentische Zeitzeugin, die sich als Freiheitskämpferin nicht den Grausamkeiten des DDR-Regimes beugte. Ich freue mich, dass wir auf ihren Sachverstand weiterhin vertrauen können“, so der Ministerpräsident.

Jutta Fleck ist Trägerin der Wilhelm Leuschner-Medaille und wurde durch ihren friedlichen Widerstand zu einer Symbolfigur des Protests gegen das DDR-Regime.

Das von ihr geleitete Projekt ist auch Anlaufstelle für SED-Opfer, die heute in Hessen leben. So werden diese etwa bei Antragsverfahren zur Akteneinsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes unterstützt. Gleiches gilt für Hilfe-

stellungen in Rehabilitierungsfragen oder bei Opferrenten für politische Häftlinge aus der ehemaligen DDR. „Wichtig ist auch der Hinweis, dass wir damit einen über die Parteigrenzen hinaus gefassten Landtagsbeschluss vom Frühjahr 2010 umsetzen, der die Verbesserung der SED-Opfer-Beratung in Hessen zum Ziel hatte“, betonte Bouffier.

„Ein wesentlicher Grundpfeiler des Schwerpunktprojekts ist der Gang mit Zeitzeugen in unsere Schulen“, sagte der Ministerpräsident. Mit dem Ausstellungsprojekt „Checkpoint Q“ hat Jutta Fleck Ende 2010 eine völlig neue Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen. Hier werden Zeitzeugendokumentationen erstellt und für die Bildungsarbeit sowie die öffentliche Debatte anschaulich aufbereitet. Über 10.000 zumeist jugendliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden bei insgesamt 86 Veranstaltungen mit Zeitzeugen erreicht. Auch mit dem Nachbarland Thüringen seien sehr erfolgreiche Schüleraustauschprogramme zum Thema „Teilung und Einheit“ durchgeführt worden.

Bouffier wies auch auf die Kooperation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hin. „Dieser Ort war als Stasi-Untersuchungshaftanstalt für viele Menschen mit Leid, Qual und Unterdrückung verbunden“, so der Ministerpräsident. Die HLZ fördert Fahrten zur Gedenkstätte, und mit hessischen Schülerinnen und Schülern werden Projekttag mit den dortigen pädagogischen Mitarbeitern und mutigen Zeitzeugen vor Ort durchgeführt.

Das erfolgreiche Projekt werde weitergeführt führte Bouffier aus: „Im Haushalt haben wir diese Arbeit mit rund 200.000 Euro pro Jahr veranschlagt. Eine gute und wichtige Investition für praktische Bildungsarbeit, die alle Generationen einschließt und viele Menschen im Land erreicht“, so der Ministerpräsident abschließend.

In weiße Bettlaken gehüllt über die zugefrorene Ostsee nach Lübeck

Eine von ungezählten Varianten, mit denen Menschen aus der DDR „ihr“ Land verlassen wollten

Vom 1. Februar bis 31. März 1963, vor einem halben Jahrhundert, war ich acht Wochen *Nichtarbeiter* im Zuchthaus Waldheim. Ein junger Polizeimeister, ein weicher Typ, den alle „den Strammen“ nannten, brachte mich in die neue Zelle, wobei er sich einmal, mit dem Schlüssel wedelnd, nach mir umdrehte und höhnisch fragte, er verstehe nicht, dass ich auf einmal nicht mehr arbeiten könne. Fast hätte ich geantwortet, er arbeite ja auch nicht, man könne doch das Bewachen und Schikanieren unschuldiger Gefangener nicht wirklich als Arbeit bezeichnen. Aber ich unterließ das, um Ärger zu vermeiden.

In meiner neuen Zelle saß ein junger Mann aus Sachsen, der sich bisher furchtbar gelangweilt hatte und nun froh war, mit jemandem reden zu können. Später kam noch ein Mann dazu, einige Jahre älter als ich (ich war 27), ein ruhiger und umgänglicher Typ, der, wie wir in Erfahrung gebracht hatten, 15 Jahre wegen Mordes zu verbüßen hatte und auch 1964 entlassen wurde.

Das war die Zeit, als ich von einer „Schwester Mara“ vom Deutschen Roten Kreuz in Westdeutschland ein Lebensmittelpaket zugeschiedt bekam, was bei der Waldheimer Volkspolizei große Aufregung verursachte. Ich hatte nämlich meinen Eltern im Monatsbrief von 20 Zeilen geschrieben, sie sollten unbedingt einmal den ersten Roman des Norwegers Knut Hamsun lesen, den Titel nannte ich nicht. Der Roman hieß „Hunger“ und war 1890 erschienen. Meine Eltern hatten verstanden und mir das Paket zuschicken lassen. Aber das ist eine Geschichte für sich!

Nach sieben Wochen, in denen ich viel lesen konnte, wurde ich auf eine Sammelzelle verlegt, um für den 1. April wieder zur Arbeit eingeteilt zu werden. Dort in der Sammelzelle lernte ich Helmut T. kennen, einen jungen Schlosser aus Thüringen, der schon öfters gesessen hatte und der 1963 einen Fluchtversuch unternommen hatte, der ihn fast bis an die innerdeutsche Grenze im Harz geführt hatte. Helmut T. war ein angenehmer,

schlanker, junger Mann von 25 Jahren, der die irrsinnigsten Geschichten zu erzählen wusste. Wenn er durch seinen Heimatort ging, so berichtete er, und ihm begegnete der Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei, dann sah er schon an dessen Gesichtsausdruck, dass er überlegte, ob dieser Helmut T. jetzt zu Recht frei herumlaufe oder ob er nicht gerade im Gefängnis sitzen müsse.

Fluchtgeschichte

Helmut war mit einer Leipziger Prostituierten im Mietwagen nach Rostock aufgebrochen, als er davon gehört hatte, die Ostsee wäre zugefroren. Das bedeutete für wagemutige DDR-Bürger, die Fluchtabsichten hatten, dass der Weg nach Lübeck frei wäre, wenn auch nur für wenige Tage. Aus den DDR-Zeitungen wie NEUES DEUTSCHLAND, die wir in Waldheim lesen durften, hatten wir davon nichts erfahren. Von Helmut erfuhren wir, dass die Ostsee zuerst zugefroren, dann wieder aufgetaut und dann die Eisschollen aneinander gefroren wären. Wenn man sich dann ein weißes Bettlaken um den Körper geschwungen hätte, wäre man nach einigen Metern so mit der Umgebung verschmolzen gewesen, dass man nicht mehr zu sehen gewesen wäre. Rund 200 Fluchtwillige sollen damals über das Eis entkommen sein. Wäre Helmut T. die Flucht geglückt, hätten wir nie von der zugefrorenen Ostsee erfahren. Der DDR-Bezirk Rostock war damals zum Sperrbezirk erklärt worden, alle Reisenden aus dem Süden, die im Auto oder mit dem Zug gekommen wären, hätte die Volkspolizei strengen Kontrollen unterworfen. Helmut T., so erzählte er, hätte unbeschadet die Stadt Rostock erreicht, dann aber wäre er in falscher Richtung durch eine Einbahnstraße gefahren und gestellt worden, im Kofferraum hätte man die Bettlaken gefunden. Er hätte zwei Jahre wegen „Republikflucht“ bekommen! Das alles schrieb ich am 7.

Februar dieses Jahres an die OSTSEE-ZEITUNG in Rostock, die damalige SED-Bezirkszeitung, in der Hoffnung, man erinnere sich vielleicht noch an die damaligen Vorgänge, habe vielleicht aus „parteilicher“ SED-Sicht darüber berichtet.

Heute, am 15. Februar, rief mich die Sekretärin des Chefredakteurs an und erklärte, man wisse von dieser ganzen Sache nichts, aber ein Wissenschaftler, der im Institut für Politologie der Universität Rostock arbeite, werde der Sache nachgehen und mich nächste Woche anrufen.

Das ist schon merkwürdig, dass Vorfälle, die uns einst aufgewühlt haben, bei den nachgeborenen Generationen nicht mehr bekannt sind. Fluchtwillige Bürgerinnen und Bürger der DDR haben sich die unglaublichsten Dinge einfallen lassen, um den ungeliebten Staat zu verlassen, es gibt ganze Bibliotheken darüber, aber fragt man heute nach, so erntet man nur ungläubiges Staunen!

Coburg, 15. Februar 2013

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Blinde Unterwerfung

Das Elend der DDR-Heimkinder

☒ In die Heime der DDR kamen auch Kinder und Jugendliche von Bürgerrechtlern, Christen und Staatsfeinden jeglicher Art. Mit oder ohne den Willen der Betroffenen zu respektieren, verlangte man, sich selbstlos zu disziplinieren, sich der Sache des Sozialismus zu unterwerfen und Autoritäten blind zu vertrauen. Die Praxis dieser Heime wurde legitimiert, es gab ein heimpädagogisches Konzept, das Gewalt und Diskriminierungen tolerierte. Außerdem stellten die Heime auch einen beträchtlichen Anteil an Arbeitskräften für die Planwirtschaft. Ich denke an die Kinder und Jugendlichen, denen man die Kindheit und Jugend gestohlen hat und die heute unter einem Deprivationsyndrom (körperliche und psychische Begleiterkrankungen) leiden. Mit diesem Beitrag, möchte ich den Geschädigten eine Stimme geben. ☩ *Klaus Dörfert*

Konsequente Geschlossenheit der Opferverbände wäre mir wichtig

Soll die VOS nach dem Austritt aus der UOKG nun wieder in den Dachverband eintreten?

Auf der letzten Generalversammlung der VOS in Friedrichroda wurde beschlossen, sich für die Herstellung einer konsequenten Geschlossenheit der Opferverbände einzusetzen.

Auf die Frage, was da zu tun wäre, gibt es für mich nur eine einzige Antwort: Auch die mitgliederstarke VOS muss ihren Beitrag zur Einheit der Opfer des Kommunismus durch Eintritt in den Dachverband der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) leisten. Ich halte eine fehlende Mitgliedschaft der VOS in der UOKG nicht nur für eine Schwächung einer einheitlichen öffentlichen Vertretung der gemeinsamen Interessen aller Opfer des Kommunismus, sondern auch als einen strategischen Fehler im Kampf gegen das Wiedererstarken der Vertreter der SED-Diktatur.

Immer wieder sind Töne von VOS-Mitgliedern zu hören oder auch in der FG zu lesen, die gegen eine UOKG-Mitgliedschaft gerichtet sind. Warum, das ist für mich nicht nachvollziehbar. Den Kritikern scheint nicht bewusst zu sein, dass die UOKG vereinfacht gesagt die Interessen aller Opferverbände gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik bündelt.

Unstrittig ist, dass jeder einzelne Opferverband für sich aufgrund spezieller Interessen seine Existenzberechtigung hat, aber niemand stark genug ist, sich gegenüber der Öffentlichkeit und Politik wirklich lautstark Gehör zu verschaffen. Wenn das auch noch jeder der circa 30 Opferverbände mit seinen Forderungen macht, gleicht das nicht nur einem vielstimmigen Chor, sondern verwirrt auch noch die Politik. Deren zwangsläufige Abwehrhaltung „Einigt Euch erst einmal selbst“, ist dann doch eine bittere aber logische Konsequenz.

Und mal ehrlich: Wer dann noch meint, wir, die VOS, sind so stark, alles allein und viel besser für die Opfer des Kommunismus bewerkstelligen zu können als zusammen mit den anderen Opferverbänden unter dem Dach der UOKG, der irrt nicht nur, sondern ist egoistisch und offensichtlich nicht Willens,

mehr Mühe und Kompromissbereitschaft als bisher investieren zu wollen. Andersdenkende durch Überzeugung ins Boot zu holen, erfordert nun mal gute Argumente und sicherlich auch mal etwas Mühe.

Manche Kameraden werden nicht wissen, dass die VOS schon einmal Mitglied in der UOKG aufgrund eines GV-Beschlusses war. Der vom Bundesvorstand entschiedene Austritt ist eine längere und komplizierte Historie und soll hier nicht im Einzelnen wiederholt werden, zumal die Umstände sich geändert haben. Einem sofortigen Wiedereintritt steht aus meiner Sicht nichts im Wege.

Einige Kameraden argumentieren, dass eine Mitgliedschaft der VOS nur Nachteile brächte, weil jeder der z. Zt. circa 30 Opferverbände in der UOKG unabhängig von der Anzahl seiner Mitglieder nur eine einzige Stimme habe und somit jedes Interesse der mitgliederstarken VOS abgeschmettert werden kann.

Dem ist nicht mehr so. Laut UOKG-Statut § 7 Abs.3 gilt, dass Mitgliedsverbände mit mehr als 500 Mitgliedern zwei Stimmen haben. Wem das immer noch nicht genügt, der möge bedenken, dass ohne unsere Mitgliedschaft in der UOKG wir keinen Beitrag zur Einheit aller Opfer des Kommunismus leisten.

Auch Änderungen innerhalb der UOKG können wir besser von innen als von außen bewerkstelligen. Andere Kameraden stören sich an manchen Verbänden in der UOKG. Ich finde zu Unrecht. Zum Beispiel die Doping-Opfer. Auch sie sind Opfer des Kommunismus, wenn sie gegen ihren Willen oder unwissentlich Dopinggifte schlucken mussten. Oder der Bund der Vertriebenen: Hier sind u.a. die zwangsverschleppten Frauen organisiert, die auch Opfer des Kommunismus sind.

Mit etwas gutem Willen sollten wir die Hürden überwinden, innerhalb der VOS kritisch und ohne Voreingenommenheit oder persönlichen Empfindlichkeiten zu prüfen, ob die UOKG in ihren Bemühungen für die Interessen der Opfer des

Kommunismus nicht auch durch eine neue Mitgliedschaft der VOS unterstützt werden sollte. Ein erster Schritt ist daher eine faire, sachliche und ergebnisoffene Diskussion zu diesem Thema innerhalb der VOS – schon aus Gründen der inneren Demokratie.

Und so wie der Austritt vom Bundesvorstand entschieden wurde, kann auf gleiche Weise auch ein Wiedereintritt erfolgen.

Christoph Becke

Anm. d. Bundesvorsitzenden:

Der Beschluss, der UOKG nicht wieder beizutreten, war ein eindeutiges Votum der Delegierten der letzten Generalversammlung. Er ist bindend. Über diesen Beschluss wird sich der gewählte Bundesvorstand nicht hinwegsetzen. Unabhängig davon hat die VOS gute Kontakte zum UOKG-Vorstand. Einstige Kontroversen sind beigelegt, wichtige Entscheidungen werden abgestimmt.

Es war der passende Zeitpunkt

Vorzeitiger Rücktritt von Papst Benedikt von seinem Amt

Die Entscheidung des Heiligen Vaters, Papst Benedikt XVI, von seinem Amt zurückzutreten, war zwar mit einer Schockwirkung verbunden, die zu grenzenlosen Spekulationen, hauptsächlich bei den Atheisten, Andersgläubigen, den Gegnern und Feinden der Katholischen Kirche führte und der wichtigtuenden Boulevardpresse und den anderen Medien willkommenen Stoff geboten hat.

Im Grunde jedoch, sollte diesem Papst, die allergrößte Hochachtung für seine Entscheidung entgegengebracht werden.

Er, der Papst, allein kann einschätzen, wie es um seine geistigen und körperlichen Kräfte steht und wie weit er in der Lage ist, noch als geistliches Oberhaupt, Staatsmann, Weltpolitiker und nicht zuletzt als Mensch dieses wichtige Amt auszufüllen.

Benedikt hat den richtigen Zeitpunkt gewählt. Dies sollte auch ein Beispiel für Politiker und andere Amtsträger sein.

Werner Juretzko, USA

Das steinerne Gesicht des Wladimir Putin

Russlands Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin, Militärdiktator und ehemaliger KGB-Oberstleutnant, hat die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen ausgezeichnet. Der Grund sind die russisch-deutsche Zusammenarbeit beim Kriegsgedenken und die Erhaltung der russischen Soldatengräber auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Diese Meldung ging im März durch die hiesigen Medien.

Ist es wirklich so, dass sie viele Leute positiv beeindruckt haben konnte?

Mit dem Namen Putin verbinden sich – nicht nur in Deutschland und in Russland selbst – diverse Fragen, Kritiken, Vorwürfe und Anschuldigungen. In der Freiheitsglocke wurde Putin vor einigen Jahren als der „Mann mit dem Stein in der Brust“ bezeichnet. Man kann schwerlich bestreiten, dass dieser Präsident damit nicht treffend charakterisiert wurde. Immer wieder machte Putin, dessen jüngster „Erfolg“ die Einbürgerung eines im eigenen Land herb in die Kritik geratenen prominenten Schauspielers war, durch Anweisungen, die fern des Menschenrechts angesiedelt sind, in den demokratisch eingestellten Medien des Auslands und bei den russischen Bürgerrechtlern auf sich aufmerksam. Zuletzt war es die Aburteilung der drei Musikerinnen der Punk-Gruppe Pussy Riot, die in einer herzhaft spektakulären Aktion vor dem Altar einer russischen Kirche skandierten:

Mutter Gottes, Jungfrau, vertreibe Putin
Vertreibe Putin, vertreibe Putin.

Putins Antwort waren Haftstrafen, ganz im Stile der sozialistischen Justiz, die ja auch im ehemaligen Satellitenstaat DDR zahlreichen nonkonform eingestellten Bürgerinnen und Bürgern zum Verhängnis geworden war. Und man weiß, auch in diesem neuen Jahrtausend sind die Bedingungen in russischen Gefängnissen überhaupt nicht mit denen im heutigen Deutschland zu vergleichen.

Blickt man etwas weiter zurück, so stößt man auf die Vorgänge in Tschetschenien. Putin hatte nicht eben einen geringen Anteil daran, dass die Menschen in der nach Unabhängigkeit strebenden Region in Grund und Boden – und dies ist wörtlich zu nehmen – gebombt wurden. Die Folgen der begangenen Grausamkeiten, auch an Kindern und Frauen, sind unübersehbar. Nicht minder krass sind die Vorwürfe, die im Zusammenhang mit dem Untergang des U-Bootes Kursk und mit der Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater erhoben wurden. Letzteres geschah am 23. Oktober 2002, als 41 bewaffnete tschetschenische Terroristen die Besucher der Musical-Aufführung „Nord-Ost“ in Moskau, darunter auch Gäste aus dem Ausland, als Geiseln nahmen. Russlands Regierung wusste sich nicht anders zu helfen, als nach tagelanger Starre Betäubungsgas in den Zuschauerraum zu leiten. Dadurch verloren 129 unschuldige Geiseln ihr Leben. Eine Vorgehensweise, die in jedem fortschrittlichen Land ihresgleichen sucht.

Für viele Putin-Kritiker sind diese Beispiele nur die Spitze des Eisberges. Der Mann mit dem steinernen Gesicht und dem Stein in der Brust strebt zugleich nach Einfluss auf die internationale Ebene und versucht die Reste des verbliebenen Sowjetimperiums zu erhalten bzw. Russland wieder zu einer Weltmacht zu führen. Kaum einen russischen Staatsmann scheint der Verlust der einstigen Kolonialländer mehr zu schmerzen als Putin. Dort, wo man einst mit militärischer Gewalt Ausbeutung und politischem Diktat praktizierte, hat das Reich der Lenin- und Stalin-Nachfolger

seinen Einfluss verloren. Dieser Status ist un-

umkehrbar, wofür wir alle ewig dankbar sind. Mag inzwischen auch die Sowjetfahne wieder an den Kasernen wehen und die Melodie des untergegangenen Riesens (mit geändertem Text) erklingen. Bei all dem hat es Putin nicht versäumt, sich ein ansehnliches Privatvermögen beiseite zu schaffen. Gerüchten zufolge ist es eine zweistellige Milliardensumme, über die er verfügt. Zweifellos war ihm dabei die Verhaftung und Aburteilung des russischen Ölmagnaten Michail Chodorkowski mit undurchsichtigen Gerichtsentscheidungen von Nutzen.

Man muss nicht hinzufügen, dass bei alledem die Meinungsfreiheit im Lande immer mehr eingeschränkt wurde und die Armut in der Bevölkerung zunimmt. Zugleich wird auch das Vermögen weniger Privatleute, die sich politisch nicht gegen Putin auflehnen, größer.

Putin hat, ähnlich wie China, von der internationalen Staatengemeinschaft wenig zu fürchten. Russland ist ein Markt, der für die europäischen Konzerne zwar nicht so nutzbar ist wie das Reich am Gelben Meer, aber es ist ein Land mit großen Erdgas- und Erdölreserven. Die Leitungen, die nach Deutschland reichen, sind Adern, die, würde man sie kappen, zur Katastrophe führen könnten. In Deutschland. Ist es also ein Wunder, dass sich die offizielle Politik Berlins zumeist in Schweigen hüllt, wenn es eigentlich gilt, Wahrheiten auszusprechen? Putins riesiges Russland ist nun mal nicht das kleine, ansonsten kaum bedeutende Ungarn, auf das man – berechtigt – einprügelt, weil es immer mehr die Züge einer Diktatur annimmt. Und es ist nicht Italien, über das man hämisch lästert, weil dort ein gerichtlich Verurteilter hohe Stimmenanteile bei der Wahl gewonnen hat.

Soll man sich also wirklich freuen, weil ein Mann wie Putin das Gedenken an die durch die Schuld von Deutschen getöteten und umgekommenen Sowjetsoldaten ehrt? Muss man nicht auch an die ebenfalls umgekommenen Deutschen erinnern und fragen, warum Putin diese nicht wenigstens erwähnt? Minderjährige und Frauen darunter, die fürchterlich gelitten haben. Putin lässt über sie nicht ein Sterbenswörtchen verlauten. Und das nicht, weil er von den Opfern seines einstigen Vorgängers Stalin nichts weiß, sondern weil es nicht in seine versteinerte Auffassung von Geschichtsaufarbeitung passt.

B. Thonn

Der Kommentar

Wir trauern um

Gertrud Süßenbach
Wally Tröger
Otfried Müller
Günther Ellinger
Irmgard Conrad
Else-Lore Fischer
Kurt Ziesemann
Arno Bertmann

Bezirksgruppe Mittel- und Nordhessen
Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland
Bezirksgruppe Bremen
Bezirksgruppe Erfurt
Bezirksgruppe Freiberg
Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha
Bezirksgruppe Hamburg
Bezirksgruppe Prenzlau

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Grün, grün – inzwischen etwas blasser

Mit 30 gereift und behäbiger, aber auch gereift

Die Grünen sind 30 geworden. Glückwunsch, auch wenn wir ihnen als Opfer und Widerständler gegen das kommunistische System womöglich nicht so lieb sind. Denn ohne uns und den Mauerfall samt der Wiedervereinigung in 1990 wären sie in der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl sicher nicht so effektiv am Wiedereinzug in das hohe Parlament vorbeigeschrammt. Damals galt ihnen die gesamtdeutsche Politik offenbar wenig. Und egal dass sich dieser Standpunkt mittlerweile geändert haben mag, bleibt doch das Thema der Aufarbeitung der SED-Diktatur eher das Pflichtfach, an dem man nicht so viel Interesse hat. So wie denn auch das einverleibte Bündnis 90, eine einst machtvolle Bewegung, zum Stiefkind á la Aschenputtel niedergedrückt wurde. Doch im Gegensatz zum Aschenputtel aus dem Märchen wurde Bündnis 90 mit den Jahren zur darren Pflanze, die keinen Tropfen Wasser haben soll.

Nun denn, etwas darr sind die Erzgrünen ja auch selbst geworden. Darr, was ihre ureigenen Parolen angeht. Wie das auch bei Menschen so ist, die drei Jahrzehnte vollendet haben und sich durchaus schon mal nach Art der Spießerinnen und Spießer zurücklehnen, mögen es auch die einstigen Wilden ganz bequem. Gefaucht und gebissen wird bestenfalls, wenn es um Wählerstimmen und die Behauptung eigener Pfründen geht. So ist es denn auch nicht aufregend, dass bei der Geburtstagsfeier der politische Gegner, an dem man sich offiziell im Bundestag gewaltig reibt, zu einem Sektchen erscheint und gemeinsam kichernd Rückschau hält. Eher ist es normal – für etablierte Parteien jedenfalls.

Etabliert sind die Grünen ja nun wahrhaftig. Und das muss nichts Negatives darstellen. Die Partei hat alle mal geviewte Persönlichkeiten hervorgebracht. Kuhn, Kühnast, Kerstin Müller, Schily (auch wenn er die Partei dann verließ), Kretschmann und natürlich der impulsive Joschka. Sicherlich gehören auch Claudia Roth und Jürgen Trittin dazu, die Grün-Bürgerlichen. Und Hans-Christian Ströbele, der Hartnäckige, den man mag, dessen Ansichten zu teilen jedoch nicht jedraus und jedermanns Sache ist.

Die jungen Grünen haben damals jedenfalls viel bewirkt. Mag man ihre politischen Ziele auch nicht unbedingt geteilt haben. Es sei nur an ihre einseitige Abrüstungspolitik erinnert, mit der sie dem sowjetrussischen Hinterpfotz Brezhnev exemplarisch das Fell nur so striegelten. Ihr Auftreten in der Politik war wohltuend und auflockernd, es ist es insonderheit heute, wenn man die alten Aufnahmen im TV sehen kann. Vieles hat sich dadurch im Verhalten auch anderer Politiker geändert. Förmlichkeit und Steifheit wurden beseitigt, Parteigeschehen allgemein erhielt Transparenz. Die Unantastbarkeit der alten Männer und der wenigen Frauen im Bundestag unterblieb.

Und heute? Die Grünen, *das Grüne*, als solche(s) gibt es nicht mehr. Nachrücker, Nachahmer sucht man vergeblich. Der Versuch der Piraten, Ähnliches zu wagen, scheiterte an der früh-unreifen Behäbigkeit und endete im Nirgendwo. Was hoffnungsvoll begann, mündete in der Lächerlichkeit.

Die Grünen beerben sich daher selbst, allerdings auch zusehends die SPD und vielleicht auch die FDP. Dass wir als DDR-Opfer mit ihnen wenig anfangen können, wird sich kaum ändern. Zumindest solange nicht wie sie mit uns nichts anzufangen wissen. *A. Richter*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten:

Dienstag und Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder ab 2013	45,00 €
– Ehepartner	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (726) erscheint im April 2013

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe **725**: 15. März 2013